

Pressemitteilung

Gesundheitsversorgung

Statt Forderung nach mehr Eigenbeteiligung: Staat muss gesamtgesellschaftliche Aufgaben finanzieren

München, 16. August 2023

Als zu kurz gesprungen bewertet die AOK Bayern die Annahme einer „Flatrate-mentalität“ in der gesetzlichen Krankenversicherung. Für die AOK Bayern ist dies ein schwerwiegender Vorwurf an die bundesweit über 70 Millionen GKV-Versicherten und insbesondere die chronisch kranken Menschen unter ihnen.

„Menschen gehen nicht zur Behandlung, weil sie das System ausnutzen wollen, sondern weil sie Beschwerden haben, die sie besorgen“, so Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern. Viele Kranke sind häufig finanziell auch nicht zusätzlich belastbar.

Wichtig für eine nachhaltige Versorgungssicherung ist die Umsetzung der überfälligen Strukturreformen – etwa im stationären Bereich. Zudem gilt es, die Chancen der Digitalisierung offensiv zu nutzen, um Menschen noch besser zu betreuen.

Enttäuschend ist für die AOK-Chefin, dass den Beitragszahlenden offensichtlich weiterhin die finanzielle Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben zugemutet wird. So überweist der Staat für Bürgergeldbezieher bundesweit deutlich über zehn Milliarden Euro weniger als die Krankenkassen faktisch benötigen. Dieses Geld müssen die Beitragszahlenden aufbringen. „Die Forderung nach mehr Eigenbeteiligung der Versicherten ist unter diesen Rahmenbedingungen unsolidarisch und ordnungspolitisch falsch“, so Stippler.